**UNSERE ZUKUNFT: MODERN UND SOZIAL** 



# Klimaschutz – Chancen und Möglichkeiten für die Berliner Energiewende



Dienstag, 25. Februar 2020 18.00 – 21.00 Uhr Willy-Brandt-Haus, Berlin Zusammenfassung der Keynotes und Panel-Diskussionen





### **Keynotes**

Svenja Schulze · Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Die Welt befindet sich im Übergang in eine postfossile, klimaneutrale Zukunft. Deutschland will spätestens im Jahr 2050 klimaneutral sein. Das impliziert einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft, aber auch der gesamten Gesellschaft. Die Klimaneutralität wird nur erreicht werden, wenn Deutschland konsequent und so schnell wie möglich aus fossilen Brennstoffen aussteigt und sozial ausgewogen erneuerbare Energien ausbaut. Aber trotz immenser Herausforderungen bietet Klimaneutralität auch riesige Chancen für neue Innovationen in allen Lebensbereichen, mehr Lebensqualität und eine intakte Zukunft für künftige Generationen, ein neues Miteinander in der Gesellschaft.



Ein positives Beispiel dafür ist die Entwicklung der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien. Die heutigen Kohleregionen werden die notwendige Unterstützung erhalten, damit dort neue Energieformen entstehen, Arbeitsplätze und Kompetenzen erhalten bleiben. Klimaschutz ist auch Innovationstreiber beim grünen Wasserstoff. Er wird eine entscheidende Rolle auf dem Weg zu mehr Klimaneutralität beispielsweise in der Chemieoder Stahlindustrie spielen. Daher braucht Deutschland jetzt mit staatlicher Unterstützung den Markthochlauf. Der Verkehr hingegen ist das absolute Sorgenkind der deutschen Klimapolitik. Dabei ist dieser Bereich entscheidend für die Lebensqualität. Deshalb braucht Deutschland nach der Energiewende die Verkehrswende.

Deutschland hat bereits einen Anteil von 15 Prozent am Weltmarkt im Bereich der grünen Technologien, und dieser Bereich birgt noch erhebliches Potenzial. Der Klimaschutz kann enorme Innovationen voranbringen, er kann – richtig umgesetzt – die Lebensgrundlage verbessern, Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern.

#### Prof. Dr. Ottmar Georg Edenhofer · Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e.V. (PIK)

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören ebenso zusammen wie die Frage nach Innovationen, unserem Bild von der Moderne und einem positiven Bild von der richtigen Richtung des Fortschritts, des sozialen Ausgleichs, der ökologischen Nachhaltigkeit.

Im Klimapaket der Bundesregierung ist ein sozialer Ausgleich bislang unzureichend angelegt. Die gesetzten Emissionsminderungsziele ließen sich aber erreichen, wenn der CO<sub>2</sub>-Preis zu einem Leitinstrument entwickelt würde. Dann würden CO<sub>2</sub>-freie Alternativen attraktiv, fossile Energieträger entsprechend ihres Kohlenstoffgehalts schrittweise vom Markt gedrängt und Einnahmen generiert, die für einen



sozialen Ausgleich verwendet werden müssen. Nur mit einer Entlastung der Haushalte kann eine gesellschaftliche Schieflage vermieden werden. In der EU entstünde durch eine Harmonisierung der beiden Systeme, EU-ETS\*- und Nicht-ETS-Sektoren, ein zusätzlicher Preisdruck, der den Ausstieg aus der Kohle beschleunigen würde. Die beiden Sektoren könnten über Steuern harmoniert oder sukzessive in einem gesamten europäischen Emissionshandel zusammengeführt werden.

Beim Blick auf die internationale Perspektive wird das Zwei-Grad-Ziel der maximalen Erderwärmung auch mit einer CO2-neutralen EU nicht zu erreichen sein. Klimaverhandlungen werden im Kern zwischen der OECD, China und dem Rest Asiens geführt. Im Großteil Asiens vollzieht sich aber der Ausbau der Kohlekraft nach wie vor mit großer Geschwindigkeit. Ziel muss sein, jetzt den Anfang für einen Kohleausstieg Asiens zu setzen. Wenn das in dieser Dekade nicht gelingt, ist der globale Klimaschutz ein für alle Mal verspielt. Was auf nationaler Ebene diskutiert wird, muss auch auf internationaler Ebene gelingen: soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Innovation zusammenzubringen.

<sup>\*</sup>Emission Trading System = Emissionshandel in der EU





#### Diskussionsforen

#### Lebendige Diskussionen in den Fachpanels

Die Themen der fünf Fachpanels zeigen, dass ein sozial gerechter und solidarischer Klimaschutz uns alle angeht: von der Gestaltung der Stadt als Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten, als Mieterstadt, als Stadt der Arbeitenden, der kleinen und mittleren Unternehmen und als Stadt des Tourismus.

Die offenen, konstruktiv kritischen und lebendigen Diskussionen in den Panels trugen besonders zum Gelingen dieser sehr erfolgreichen Veranstaltung bei. Wir haben sie noch einmal zusammengefasst. Am Ende eines jeden Panels stimmten die Teilnehmer\*innen darüber ab, welche Maßnahmen jetzt aus ihrer Sicht wesentlich sind. Die Votings, die die Meinung und Stimmung der Teilnehmer\*innen wiedergeben, haben wir ebenfalls beigefügt.

#### **PANEL 1**

#### Klimawandel und -anpassung in Berlin-Brandenburg. Was braucht eine klimaangepasste Stadt?

Im ersten Panel diskutierten mit den Teilnehmer\*innen **Oliver Hauner**, Leiter Sach- und Technische Versicherung, Schadenverhütung, Statistik – Die Deutschen Versicherer (GDV) sowie **Andreas Vetter**, Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass) im Umweltbundesamt.

Die Moderation übernahmen **Dr. Julian Zado**, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Berlin und **Dr. Heike Stock**, Vorsitzende des SPD-Fachausschusses "Natur, Energie, Umweltschutz".



#### **Diskussion:**

Tenor der Diskussion war, dass es einer einheitlichen Koordinierungs-

stelle für Umwelt und Klima nach dem Vorbild Kopenhagens bedarf. Diese Stelle sollte auch bei anstehenden Bebauungsplänen Mitspracherecht haben. Weiter wurde thematisiert, dass die Innenstadt für alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen wohnhaft bleiben müsse. Auch die Frage nach der Umweltgerechtigkeit wurde gestellt: Wie schaffe ich gleichermaßen lebenswerte Stadtviertel?

Die Teilnehmer\*innen sprachen sich dafür aus, dass Grünflächen nicht mehr bebaut werden dürfen. Das bedeutet: Nachverdichtung wird vermehrt kritisch gesehen. Gärten sollten über eine Auflage der Bebauungspläne tatsächliche Grüngärten und nicht Schotter- oder Steingärten sein. "Kühlende" Parkflächen seien im Sommer nötig. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit von Wohnungsneubau unterstrichen. Es müsse aber von vornherein geklärt sein, wie der Wohnungsneubau beispielsweise durch Dachbegrünung klimafreundlich gestaltet werden könne. Denn man dürfe nicht nur um des Wohnungsbaus willen bauen, sondern müsse mit Weitsicht bauen.

#### **Abstimmung:**

Der Klimawandel ist bereits jetzt schon in Berlin spürbar: längere und häufigere Hitzeperioden, begleitet von Starkregen und Stürmen. Wie muss Berlin darauf reagieren?

#### **26 STIMMEN · 63 %**

Der notwendige Wohnungsneubau geht nur mit Sicherung und Erweiterung des Berliner Stadtgrüns in Form von Parks, Gärten und begrünten Gebäuden, gerade in den hochverdichteten Stadtquartieren.



#### 12 STIMMEN · 29 %

Berlin braucht mehr gute Beispiele, die zeigen, dass die Anpassung an die Folgen des Klimawandels eine positive Wirkung auf die Lebensqualität in der Stadt hat – dafür ist ein neues Förderprogramm "Anpassung Berlins an den Klimawandel" aufzulegen.

#### 3 STIM MEN · 7 %

Berlin braucht ein besseres Katastrophenmanagement, um für Hitze, Überschwemmung und Stürme besser vorbereitet zu sein.





## CO<sub>2</sub>-Preis und energetische Sanierung ohne Überforderung der Mieterinnen und Mieter – wie kann das funktionieren?

Iris Spranger (MdA), stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Berlin und Sprecherin für Bauen, Wohnen, Mieten der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, moderierte die Diskussion der Teilnehmer\*innen mit Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbunds (DMB), und Sebastian Metzger von der co2online gemeinnützige Beratungsgesellschaft mbH.

# And Section 1997 And Se

#### **Diskussion:**

Zum Einstieg in das Panel wurden die Bedeutung des Wohnungssektors für den Klimaschutz und das Erfordernis einer sozialen Ausgestaltung der hierfür notwendigen Maßnahmen beschrieben.

Die aktuelle Sanierungsrate bei Bestandsgebäuden von nur 1 % pro Jahr und die jeweilige Sanierungstiefe ist zur Erreichung der Klimaziele unzureichend. Ebenso wird die Umstellung auf eine Wärmeversorgung mit erneuerbarer Energie nicht ausreichen, sondern parallel muss der Energieverbrauch – in Gebäuden der Wärmeverbrauch – reduziert werden. Das jetzige Modell einer Modernisierungsumlage auf die Mieter von derzeit 8 % pro Jahr funktioniert nicht. Die Förderpraxis muss von einer maßnahmenorientierten Förderung hin zu einer Förderung in Abhängigkeit vom erzielten klimabezogenen Erfolg umgestellt und Mieterstrommodelle müssen gefördert werden.

Klima- und Mieterschutz sind keine Gegensätze. Klimaschutzmaßnahmen müssen aber sowohl zielführend als auch im Hinblick auf die Kostenverteilung sozialgerecht sein. So ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung zwar zu begrüßen, wird aber in Mietverhältnissen keine Lenkungswirkung erzielen, wenn der Vermieter die Mehrkosten bei der Wärmeversorgung einfach auf die Mieter umlegen kann. Denn der Mieter entscheidet nicht über Sanierungsmaßnahmen, sondern der Eigentümer. Die Umlagefähigkeit des CO<sub>2</sub>-Preises auf die Mieter muss daher ausgeschlossen oder zumindest eingeschränkt werden. Perspektivisch ist die Umstellung von der Nettokaltmiete auf eine Warmmiete sinnvoll, da dann der Vermieter ein Eigeninteresse an der Senkung des Wärmeverbrauchs bzw. der -kosten hat. Ordnungsrechtliche Instrumentarien sind nötig, wenn Anreize sich als nicht ausreichend erweisen.

In der weiteren Diskussion mit dem Publikum wurden unter anderem der Missbrauch der Modernisierungsumlage und die Folgen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Mieter erörtert. Alle waren sich einig, dass der Gebäudesektor sozial gerecht einen entscheidenden Beitrag für den Klimaschutz zu leisten habe. Es wurde ergänzt, dass der Berliner Mietendeckel auch die Höhe der Modernisierungsumlage auf ein leistbares Maß kappe.

#### **Abstimmung:**

#### CO<sub>2</sub>-Preis und Sanierung ohne Mietenexplosion – wie kann das funktionieren?

#### 19 STIMMEN · 53 %

Durch fiskalische Anreizinstrumente wie Fördermaßnahmen, Steuerbegünstigungen, CO<sub>2</sub>-Bepreisung.



#### 17 STIMMEN · 47 %

Oder sind auch ordnungspolitische Vorgaben erforderlich – wie Quoten, Mindeststandards und andere gesetzliche Vorgaben?

O STIMMEN · O %

Weder noch.





#### Klimaschutz und Energiewende als Grundlage für unsere Arbeitsplätze von morgen?

Diskutantinnen dieses Panels waren **Professorin Dr. Claudia Kemfert**, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin) und **Birgit Dietze**, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin.

Die Moderation des Panels oblag **Daniel Buchholz** (MdA), Sprecher für Stadtentwicklung, Umwelt und Klima in der SPD-Fraktion Berlin.

#### **Diskussion:**

Diskutiert wurde die Position, dass die Entwicklung sozial ausgewogen sein müsse. Klimaschutz und Energiewende hätten in Bezug auf Arbeitsplätze positive und negative Tendenzen gleichermaßen



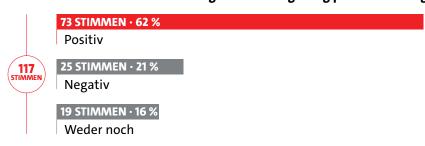
und parallel. Unsicherheit führe dazu, dem Klimaschutz skeptisch zu begegnen. Gewerkschafter seien gefordert zu erklären, welche Hausaufgaben das Klima mitgebe.

Ebenfalls wurde erörtert, dass durch Klimaschutz und Energiewende mehr Jobs entstünden, wenn man es richtig mache. Statistisch steige die Zahl der Beschäftigten an. Insbesondere Berlin schaffe Arbeit und ein gutes Investitionsklima. Die Abwanderung von Unternehmen liege nicht im Klimaschutz begründet. Grüne Technologien sollten gefördert und der Green Deal für die Modernisierung der Industrie genutzt werden.

Im weiteren Verlauf wurde unter anderem darüber gesprochen, dass Klimaschutz eine Chance für verbesserte Arbeitsbedingen bietet. Allerdings schaffen es die Unternehmen noch zu wenig, Innovationen externer Forschung und Entwicklung zu implementieren. Gehälter bzw. Boni könnten an den Klimaschutz gekoppelt werden.

#### **Abstimmung:**

Werden sich Klimaschutz und Energiewende langfristig positiv oder negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken?







#### Klimaschutz in Berliner kleinen und mittleren Unternehmen – Leuchtturmprojekte zeigen, wie es geht

Olaf Höhn, Inhaber der Florida-Eis Manufaktur GmbH, Ulrich Misgeld, 1. Vorsitzender des UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V. – Projekt "NEMo Null Emissionen Motzener Straße" sowie Jürgen Baumann, Märkisches Landbrot (fehlt auf dem Foto), stellten sich dem Thema.

Moderatorin des Panels war **Ülker Radziwill** (MdA), stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Berlin und Sprecherin für Soziales, Senioren, Pflege und Bürgerschaftliches Engagement.



#### **Diskussion:**

Die Diskussionsteilnehmer stellten sich und ihre Motivation, ein Klima-Vorzeigeunternehmen zu sein, sowie die Hürden, die dabei zu überwinden waren, vor. Florida-Eis wird bereits seit 2015 CO<sub>2</sub>-neutral produziert. NEMo verfolgt durch zahlreiche Maßnahmen die Erreichung des Null-Emissionen Ziels. 60 Firmen aus verschiedenen produzierenden Branchen bilden das Netzwerk. Die seit 1930 bestehende Bäckerei "Märkisches Landbrot" produziert seit 1981 in Bioqualität und seit 1992 nach Demeter-Richtlinie. Sie ist ISO- und EMAS- zertifiziert.

Die Antragstellung für Fördermittel wird als eine Herausforderung, die viel Kapazität bindet, empfunden. Dabei sind Unternehmer auf Förderung angewiesen, um Kosten und Risiken von Innovationen zu schultern. Sie sehen die Klimanotlage vor sich und wollen mithelfen, durch ihr Wissen und Handeln zu Lösungen beizutragen.

Die Unternehmen wünschen sich mehr Unterstützung und Wertschätzung. Zudem müssten politisch Verantwortliche vermitteln, dass Umwelt-und Klimaschutz eine positive Aufgabe sei, die auch Zufriedenheit dadurch bringe, für die Allgemeinheit etwas Gutes zu tun.

#### **Abstimmung:**

Wie können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Berlin motiviert werden, klimafreundlich zu werden?

#### 23 STIMMEN · 50 %

Mit einem besseren Beratungsangebot für klimafreundliche KMUs.



12 STIMMEN · 26 %

Mit dem Angebot von mehr Fördermitteln

#### 11 STIMMEN · 24 %

Mit einer größeren Anerkennung und Wertschätzung als klmafreundliches KMU, z. B. in Form einer Imagekampagne oder bei der öffentlichen Beschaffung.





#### Kiez oder Karibik – können Berliner klimafreundlich verreisen?

**Dr. Wiebke Zimmer**, stellvertretende Leiterin des Bereichs Ressourcen & Mobilität, Öko-Institut e.V. – Institute for Applied Ecology, Freiburg – Darmstadt – Berlin, und **Petra Thomas**, Geschäftsführerin des Forums anders reisen, diskutierten diese Frage.

Jörg Stroedter (MdA), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion Berlin und Vorsitzender der Enquete- Kommission "Neue Energie für Berlin", moderierte.



#### **Diskussion:**

Zum Einstieg in das Panel wurde das Flugverhalten der Berliner\*innen aufgezeigt, das sich in den letzten Jahren kaum verändert hat: Sie fliegen nicht weniger. 75 % der Kurztrips werden ferner weiterhin mit dem Auto absolviert, obwohl nur ca. 50 % der Berliner Haushalte über einen Pkw verfügen. Außerdem wurden die Teilnehmer\*innen über Lösungsansätze bezüglich der Besteuerung von Treibstoffen, alternative Reiseangebote sowie über Kriterien und Initiativen für umweltfreundliches Reisen und Ausgleichszertifikate informiert.

25 % des Flugverkehrs deutscher Flughäfen ist innerdeutsch, stellt also unmittelbares CO₂-Einsparpotential per Ersatz durch die Bahn dar. Französische Regierungsbeamte nutzen den TGV auch bei Distanzen zwischen 600 und 1.000 km. Der deutsche Bahnausbau wurde hingegen lange verschlafen. Die Diskussionsteilnehmer\*innen konstatierten, dass das Preissignal der geringeren Mehrwertsteuer bei Bahntickets nicht merklich erkennbar sei. Es brauche weitere Lenkungsmaßnahmen, etwa durch die Verteuerung unerwünschter Alternativen ("push & pull"). Das 365-€-Ticket für den ÖPNV funktioniere z.B. nur zusammen mit Parkraumbewirtschaftung. Hier sei wiederum ein sozialer Ausgleich nötig.

Zudem seien großtouristische Segmente wie die Kreuzfahrtschifffahrt oder Übernachtungsportale wie AirBnB etc. zu betrachten, denn sie entwickeln Eigendynamiken, die multiple negative Effekte haben. Ein Ansatz seien lokale Urlaube, also solche, die keine Fernreisen bedeuten. Drei Viertel der Kurzurlaube finden bereits in Deutschland statt. Der innereuropäische Bahnverkehr sei auszubauen, seine Nutzung komfortabler und einfacher zu gestalten: etwa beim Ticketverkauf sowie durch Gepäckaufgabe. Tourismus könne sogar beim Naturschutz sowie der lokalen Bevölkerung helfen, indem beispielsweise statt internationaler Ketten einheimische Hotels mit fairen Jobs und lokalen Nahrungsmitteln gebucht würden.

#### **Abstimmung:**

Wann würden sie und ihre Bekannten ihr Urlaubsverhalten bei der Ziel- und Verkehrsmittelwahl in Richtung Klimafreundlichkeit verändern?

#### 16 STIMMEN · 52 %

Wenn es klimafreundliche Mobilitätsangebote in den Urlaubsregionen gibt, wie kostenlose ÖPNV-Tickets, gute Shuttle-Angebote zu Bahn- und Busstationen, gute Ausleihmöglichkeiten von Fahrrädern, Ski, Kinderbuggys.



#### 8 STIMMEN · 26 %

Wenn es keine "Billigfliegerei" mehr gibt.

#### **7 STIMMEN · 23 %**

Wenn Bahnfahren preiswerter und attraktiver wird, z. B. durch neue umsteigefreundliche, schnelle Verbindungen in Urlaubsregionen, neue Nachtzugangebote mit Gepäcktransport und Fahrradmitnahme.







Kurz-Video zum Thema "Wir schützen das Klima: sozial und ökologisch" unter https://youtu.be/ATLkM8JyWek









